



A) Öffentlicher Teil	4
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2. Niederschrift vom 21.2.2011	4
3. Einbringung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011/2012 Vorlage-Nr. 9/11	4 4
4. Anträge	4
4.1 Sozialer Stromtarif	4
hier: Antrag der Fraktion ‚Die Linke‘ vom 26.2.2011	4
Vorlage-Nr. 10/11 u. 10/11 a	4
4.2 Erstellung eines Inklusionsplanes	6
hier: Antrag der Faktion ‚Die Linke‘ vom 26.2.2011	6
Vorlage-Nr. 19/09 e	6
4.3 Zukunftsschulkonzept für Brühl	7
hier: Antrag der Fraktion ‚Die Linke‘ vom 21.3.2011	7
Vorlage-Nr. 164/85 af	7
4.4 Bürgerhaushalt	8
hier: Antrag der Fraktion ‚Die Linke‘ vom 21.3.2011	8
Vorlage-Nr. 4/06 d	8
4.5 Transparenz der Aufsichtsräte in den städtischen Gesellschaften	9
hier: Antrag der Fraktion ‚Die Linke‘ vom 23.3.2011	9
Vorlage-Nr. 88/95 ai	9
5. Sperrbezirk im nördlichen Stadtgebiet	9
Verordnung der Bezirksregierung Köln	9
Bezug: HA 21.3.2011	9
Vorlage-Nr. 7/11	9
6. Maßnahmen der Gebausie im Jahr 2011	9
hier: Finanzierung in der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung	9
Vorlage-Nr. 88/95 aj	9
7. Anfragen	9
7.1 „Starenkasten“ Römerstraße	9
7.2 Anwohnerparkprobleme an der alten Zuckerfabrik	10
7.3 Videoüberwachung öffentlicher Räume durch Private	10
7.4 www.bruehlerfamilien.de	10
7.5 Kinderspielplatz Grundschule Brühl-Vochem	10
7.6 Kraftwerk Berrenrath	10

7.7 Stichstraße An Hornsgarten	11
7.8 Corrida-Bar	11
7.9 Beschädigung Beschilderung Parkleitsystem	11
7.10 Kontrolle Thüringer Platz	11
B) Nichtöffentlicher Teil	12
8. Besetzung einer Schulleiterstelle	12
Vorlage-Nr. 88/00 a	12
9. Anfragen	12
9.1 Kreuzung Clemens-August-Straße/Carl-Schurz-Straße	12
9.2 Schulleiterstelle Brühl-Pingsdorf	12

**Bürgermeister Kreuzberg** eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

A) Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Herr **Johannes Könen**, Schultheistr. 54, Brühl, fragt, ob es möglich sei, in Brühl-Vochem im Bereich Thüringer Platz und Schultheistrae Verkehrskontrollen durchzuführen. Mit großem Erschrecken müsse er feststellen, dass dort illegales Glücksspiel und Drogenhandel betrieben werde. Dies betreffe auch den Spielplatz und ein leer stehendes Lebensmittelgeschäft.

**Bürgermeister Kreuzberg** erwidert, dass er die Anregung aufgreife und der Sache nachgehe. Es handele sich um schwere Anschuldigungen, die man zunächst auch in Absprache mit der Polizei klären müsse.

2. Niederschrift vom 21.2.2011

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) verweist auf S. 12 der Niederschrift und stellt richtig, dass er nicht von 4.500 bis 5.000 Kommunen in NRW sondern in ganz Deutschland gesprochen habe.

---

Unter Berücksichtigung der Anmerkung des Fraktionsvorsitzenden Pitz (FDP), aufgrund dessen die Originalniederschrift korrigiert wird, werden gegen die Fassung der Niederschrift vom 21.2.2011 keine weiteren Einwände erhoben.

3. Einbringung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011/2012

Vorlage-Nr. 9/11

**Bürgermeister Kreuzberg** und nachfolgend **Stadtkämmerer Freytag** tragen die als Anlage beigefügten Haushaltsreden vor.

---

Der Rat nimmt den gemäß § 80 GO vom Stadtkämmerer aufgestellten und vom Bürgermeister bestätigten Entwurf der Haushaltssatzung mit Anlagen für die Haushaltsjahre 2011/2012 entgegen und verweist ihn zur Beratung in den Hauptausschuss.

- einstimmig -

4. Anträge

4.1 Sozialer Stromtarif

hier: Antrag der Fraktion ‚Die Linke‘ vom 26.2.2011

Vorlage-Nr. 10/11 u. 10/11 a

**Fraktionsvorsitzender Riedel** (LINKE) bedankt sich für die Vorlage der Verwaltung. Der unter Ziff. 1 des Antrages seiner Fraktion gewünschte Bericht über die Situation in Brühl sei ausführlich und abschließend. Demgegenüber könne er sich mit der Stellungnahme zu Ziff. 2 des Antrages hinsichtlich der Verhandlung eines Sozialtarifs mit den Stadtwerken nicht zufrieden geben. Auch anderen Orts seien Sozialtarife eingeführt worden, so dass er dafür plädiere, nochmals mit den Stadtwerken über einen Sozialtarif hier in Brühl zu sprechen.

**Ratsherr Weber** (Grüne) erinnert an einen ähnlichen Antrag seiner Fraktion im Ausschuss für Lokale Agenda und Umwelt. Dieser sei dort abgelehnt worden. Allerdings sollte die Anregung, ein Modell zu schaffen, um Arbeitslosengeld II-Empfängern eine Energieberatung zukommen zu lassen, weiter verfolgt werden. Bis heute habe der Bürgermeister diesbezüglich allerdings noch nicht Bericht erstattet.

In diesem Zusammenhang erinnert er an den Vorschlag hinsichtlich des Bezuges von zertifiziertem Strom und der entsprechenden Festsetzung von Standards. Auch dies sei bisher nicht weiter verfolgt worden. Obwohl man seitens seiner Fraktion frühzeitig darauf hingewiesen habe, auf die richtige Zertifizierung zu achten um garantierten Ökostrom zu beziehen, werde nun mit dem Zertifikat „Grünstrom“ eine Pseudolösung geschaffen. Dies sei bedauerlich.

**Bürgermeister Kreuzberg** verweist auf seine diesbezüglichen Äußerungen in der Haushaltsrede und bittet zu bedenken, ob man mit solchen Äußerungen den Stadtwerken und der Stadt einen Dienst erweise.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) wirft ein, dass der Bürgermeister seinerseits überlegen müsse, ob sein Vorgehen zielführend sei, wenn er über alle Gremien hinweg und ohne irgendeine Information des Aufsichtsrates und der Fachausschüsse eine Änderung im Kernsortiment der Produkte der Stadtwerke vornehme in einem seiner typischen Alleingänge. Bezugnehmend auf die Haushaltsrede frage er sich im Übrigen, wie der Bürgermeister an die Information gelange, dass Herr Hosmann und andere Ratsmitglieder der Grünen „Grünstrom“ von den Stadtwerken beziehen würden. Dies sei datenschutzrechtlich äußerst bedenklich.

**Bürgermeister Kreuzberg** stellt richtig, dass er nicht von Ratsmitgliedern sondern von „Freunden“ bei den Grünen gesprochen habe. Herrn Hosmann habe er im Übrigen nach seinem Einverständnis gefragt.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg** (SPD) gibt zu bedenken, dass man gerade als Ratsmitglied kritisch und auch anderer Meinung sein könnte. Insofern könne er den Vorwurf der Geschäftsschädigung nicht nachvollziehen.

Inhaltlich kritisiere er ebenfalls die Öffentlichkeitsarbeit der Stadtwerke, die den Eindruck erwecke, als ob Brühl ab sofort Grünen Strom beziehe. Dies sei einfach falsch. Man hätte sagen müssen, dass mit diesem Zertifikat Grünstrom gefördert werde. Insofern müsse die Kritik erlaubt sein.

**Bürgermeister Kreuzberg** hält dem entgegen, dass dies der allgemeinen Definition entspreche und auch in einem Artikel des Kölner Stadt-Anzeigers entsprechend belegt werde.

Jedem sei klar, dass man einem Stromkreislauf angeschlossen sei, in den eine gewisse Einspeisung erfolge. Man dürfe die Bürgerinnen und Bürger nicht für so dumm halten, dass ihnen dies nicht bewusst sei. Er bleibe daher dabei, dass es in einer Zeit, in der um Vertrauen hinsichtlich gewisser Angebote geworben werde, es geschäftsschädigend und auch beschämend sei, wenn gerade eine solche Unterstützung negativ besprochen werde. Im Übrigen müsse für die Einführung kein Gremium in Anspruch genommen werden

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) verweist auf den eigentlichen Beratungsgegenstand und erklärt für seine Fraktion, dass man auf der Grundlage der Verwaltungsvorlage kein Handlungsbedarf sehe.

**Ratsherr Weber** (Grüne) stellt klar, dass er nur deshalb aus den Beratungen im Ausschuss für Lokale Agenda und Umwelt, wo noch einmal ganz deutlich herausgestellt worden sei, dass nur wenige Zertifikate den Bezug von Ökostrom gewährleisten, berichtet habe, weil der Bürgermeister dort nie anwesend sei. Bezugnehmend auf die Forderung DER LINKEN zur Einführung eines sozialen Stromtarifs macht er nochmals deutlich, dass seine Fraktion keinen globalen Rabatt für sozial Schwache fordere, sondern die Verknüpfung mit einem Energiesparansatz vorschlage.

**Fraktionsvorsitzender Riedel** (LINKE) hält diesen Ansatz ebenfalls für begrüßenswert.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) kann sich der Kritik anschließen, dass man als Ratsmitglied über die Einführung von Grünem Strom bei den Stadtwerken lediglich über die Presse erfahren habe.

Im Hinblick auf den Antrag der Fraktion DIE LINKE sieht er unter Bezugnahme auf das Konnexitätsprinzip den Bund in der Pflicht. Im Übrigen werde in Brühl bereits sehr viel zur

Unterstützung sozial Schwacher getan, z.B. mit dem Brühl Pass und vielen anderen Vergünstigungen. Insofern weise er den Vorwurf ausdrücklich zurück, dass in Brühl in dieser Hinsicht nicht viel passiere.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Heermann** (fw/bVb) gibt zu bedenken, dass man die Stadtwerke nicht als „Milchkuh“ ausnutzen dürfe. Da die Stadt vom Geldzufluss durch die Stadtwerke profitiere, sei es wichtig, einmal darzustellen, wo man auf der anderen Seite Geld einspare.

**Ratsherr Bortlitz-Dickhoff** (Grüne) geht nochmals auf die Thematik des zertifizierten Stromes ein. Klar sei natürlich, dass derzeit ein Strommix bezogen werde. Die Frage sei allerdings, wie man erreichen könne, dass in diesen Strommix zusätzliche regenerative Energien eingespeist werden können. Das RECS-Label reiche hierfür nicht aus. Stattdessen stelle das OK-Label sicher, dass weitere regenerative Anlagen gebaut würden in dem Maße der Abnahme dieses Labels. Insofern sei man nun sehr überrascht, da man eigentlich auf einem guten Lösungswege gewesen sei.

**Fraktionsvorsitzender Riedel** (LINKE) beantragt zur Geschäftsordnung den Schluss der Rednerliste, da sich die Ausführungen nicht auf den Gegenstand seines Antrages beziehen würden.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) verweist nochmals auf den im Ausschuss für Lokale Agenda und Umwelt am 26. Mai 2009 einstimmig gefassten Beschluss und bittet im Protokoll festzuhalten, dass er eine Darstellung fordere, wie der Bürgermeister diesen Beschluss bisher umgesetzt habe.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt weitere Veranlassung zu.

---

Der Rat nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis und lehnt den Antrag der Fraktion ‚DIE LINKE‘, mit den Stadtwerken Brühl GmbH über die Möglichkeit eines Sozialtarifes in Brühl zu verhandeln, ab.

Abstimmungsergebnis: 48 : 2

4.2 Erstellung eines Inklusionsplanes  
hier: Antrag der Faktion ‚Die Linke‘ vom 26.2.2011  
Vorlage-Nr. 19/09 e

**Fraktionsvorsitzender Riedel** (LINKE) begründet nochmals den Antrag seiner Fraktion und beantragt, diesen zur weiteren Beratung an den Schulausschuss sowie an den Jugendhilfeausschuss zu verweisen.

**Erster Beigeordneter Brandt** führt aus, dass es sich hier um kein neues Thema handele sondern die Angelegenheit schon mehrfach besprochen worden sei. Voraussetzung für Aktivitäten in diesem Bereich sei eine Änderung des Schulgesetzes, die bis Ende des Jahres 2011 angekündigt sei. Das Land müsse zunächst die Rahmenbedingungen aufzeigen, damit das Thema auch in Brühl aufgegriffen werden könne.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) bestätigt, dass derzeit noch viele Dinge unklar seien und der Antrag daher zu früh komme. Im Übrigen bedürfe es wohl keines Antrages, da man mit gesetzlichen Festlegungen rechne.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) ist ebenfalls der Ansicht, dass der durchaus löbliche Vorschlag z.Z. noch nicht umsetzbar sei. Es handele sich im Übrigen um ein umfassendes und zukunftsweisendes Vorhaben, das sehr sensibel angegangen werden müsse.

**Ratsfrau Masgen** (Grüne) verweist auf einen diesbezüglichen Antrag ihrer Fraktion vom 2.3.2010. Es sei durchaus begrüßenswert, auf kommunaler Ebene schon einmal die Weichen zu stellen. Zumindest solle im Schulausschuss einmal dargestellt werden, wie die Stadt Brühl heute, ein Jahr nach der einstimmigen Beschlussfassung im Schulausschuss, aufgestellt sei.

**Erster Beigeordneter Brandt** führt aus, dass eine entsprechende Vorlage - wie zugesagt - komme.

**Ratsherr Blanke** (SPD) hofft, dass die Verwaltung ihrem Versprechen nachkommt und das Thema „Inklusion“ anhand einer Vorlage im Schulausschuss darstellt. Dennoch sei s.E. durchaus eine gewisse Vorarbeit möglich. Problematisch könnte es auch bei einer Klage werden, da man dann verpflichtet sei, ein behindertes Kind zu beschulen.

**Erster Beigeordneter Brandt** entgegnet, dass ein solcher Anspruch äußerst umstritten sei.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Heermann** (fw/bVb) schließt sich der Meinung an, zunächst abzuwarten was auf Landesebene geschehe.

**Fraktionsvorsitzender Riedel** (LINKE) verweist auf die Stadt Köln, wo es solche Möglichkeiten bereits seit Jahren gebe. Dies habe man hier in Brühl verschlafen. Nicht einmal hinsichtlich „Integration“ als ersten Schritt vor der „Inklusion“ sei hier in Brühl etwas passiert.

**Ratsherr Bortlitz-Dickhoff** (Grüne) weist darauf hin, dass ein umfangreiches Verfahren mit vielen Beteiligten anstehe. Er schlägt vor, zunächst die Antwort der Verwaltung auf den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN im Schulausschuss abzuwarten.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) verwahrt sich ausdrücklich gegen den Vorwurf, dass in Brühl etwas verschlafen worden sei. Er empfehle Herrn Riedel, sich besser mit den Voraussetzungen zu beschäftigen, die zu erfüllen seien. Es gebe umfassende und strenge rechtliche Bedingungen, die die Regelschulen im Falle der Integration zu beachten hätten z.B. hinsichtlich Räumlichkeiten und einer entsprechenden Vorbereitung der Lehrkräfte.

**Fraktionsvorsitzender Riedel** (LINKE) verweist nochmals auf die bereits praktizierte Integration in Köln und schlägt vor, sich mit den dortigen Schulen einmal in Verbindung zu setzen.

---

Der Rat lehnt die Verweisung des Antrages der Fraktion DIE LINKE an den Schul- und Jugendhilfeausschuss ab.

Abstimmungsergebnis: 30 : 18 bei 1 Enthaltung

#### 4.3 Zukunftsschulkonzept für Brühl

hier: Antrag der Fraktion ‚Die Linke‘ vom 21.3.2011

Vorlage-Nr. 164/85 af

**Fraktionsvorsitzender Riedel** (LINKE) erläutert ausführlich den Antrag seiner Fraktion.

**Erster Beigeordneter Brandt** berichtet, dass das Thema bereits vor einem Jahr umfassend diskutiert worden sei. Er weist darauf hin, dass in Hürth z.Z. ein neuer Schulentwicklungsplan aufgestellt werde, der möglicherweise Veränderungen in der dortigen Schullandschaft nach sich ziehe. Dies seien Umstände, die auch in Brühl ggf. mit zu berücksichtigen seien. In Brühl gebe es einen Schulentwicklungsplan aus dem Jahre 2008, der bereits die demografischen Veränderungen berücksichtige. Dieser werde selbstverständlich angepasst, wenn sich ein größerer Änderungsbedarf ergebe. Z.Z. sei ein solcher Bedarf nicht vorhanden.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) hält den Antrag für überflüssig. Der Schulentwicklungsplan werde regelmäßig angepasst und zu gegebener Zeit überarbeitet. Eine Neuauflage sei auch deshalb z.Z. nicht angebracht, weil die Schullandschaft überall in Bewegung sei.

**Ratsherr Blanke** (SPD) bittet, im nächsten Schulausschuss einmal die neuen Anmeldezahlen vorzulegen.

**Ratsherr Bortllisz-Dickhoff** (Grüne) verweist ebenfalls auf den vorhandenen Schulentwicklungsplan. Tatsache sei, dass ein Mangel an Gesamtschulplätzen bestehe, der jedoch möglicherweise durch entsprechende Entwicklungen in Nachbarkommunen aufgefangen werden könnte. Insofern müsse man die regionalen Aspekte im Umfeld mehr in die Planungen mit einbeziehen.

**Ratsfrau Küster** (CDU) gibt zu bedenken, dass auch an den privaten Schulen stets eine Vielzahl von Schülern abgewiesen werden müsse. Konsequenterweise müsste sich der Antrag auf Weiterentwicklung der Brühler Schullandschaft im Hinblick auf die Berücksichtigung des Elternwillens dann auch auf die Privatschulen beziehen.

**Fraktionsvorsitzender Riedel** (LINKE) beantragt, den Antrag seiner Fraktion hinsichtlich der Vorlage eines Zukunftsschulkonzeptes in den Schulausschuss zu verweisen.

**Bürgermeister Kreuzberg** fragt, ob der neue Verweisungsantrag den ursprünglichen Antrag ersetzen solle.

**Fraktionsvorsitzender Riedel** (LINKE) bestätigt dies.

---

Der Rat lehnt den Antrag der Fraktion ‚DIE LINKE‘ ab, die Vorlage 164/85 an den Schulausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis: 33 : 15 bei 1 Enthaltung

---

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) kritisiert die Vorgehensweise des Bürgermeisters. Wenn ein Verweisungsantrag abgelehnt werde, müsse s. E. noch über den eigentlichen Antrag abgestimmt werden.

**Bürgermeister Kreuzberg** weist darauf hin, dass er gerade aus diesem Grunde den Antragsteller befragt habe, ob der Verweisungsantrag den Ursprungsantrag ersetzen solle. Dies habe Herr Riedel bestätigt. Gerne könne er aber auch noch einmal über den eigentlichen Antrag abstimmen lassen.

**Fraktionsvorsitzender Riedel** (LINKE) verzichtet als Antragsteller auf eine Abstimmung über den Antrag.

#### 4.4 Bürgerhaushalt

hier: Antrag der Fraktion ‚Die Linke‘ vom 21.3.2011  
Vorlage-Nr. 4/06 d

**Fraktionsvorsitzender Riedel** (LINKE) bittet, seinen Antrag als Erinnerung aufzufassen. Der Stadtkämmerer habe im vergangenen Jahr versprochen, die Möglichkeit der Einbringung eines Bürgerhaushaltes noch einmal zu besprechen.

**Stadtkämmerer Freytag** bestätigt, dass für das Haushaltsjahr 2013 eine solche Abwägung in der Verwaltung vorgenommen werde. Er könne jedoch nicht versprechen, ob man sich dem Vorschlag anschließe oder eher davon abrate, da es auch Städte mit negativen Erfahrungen zum Thema „Bürgerhaushalt“ gebe.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Heermann** (fw/bVb) weist darauf hin, dass dies ein Antrag seiner Fraktion sei, den diese erstmals im Jahre 2006 gestellt habe.

---

Der Rat lehnt den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab.

Abstimmungsergebnis: 48 : 1

4.5 Transparenz der Aufsichtsräte in den städtischen Gesellschaften  
hier: Antrag der Fraktion ‚Die Linke‘ vom 23.3.2011  
Vorlage-Nr. 88/95 ai

**Fraktionsvorsitzender Riedel** (LINKE) begründet nochmals den Antrag seiner Fraktion.

---

Der Rat lehnt den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab.

Abstimmungsergebnis: 47 : 2

5. Sperrbezirk im nördlichen Stadtgebiet  
Verordnung der Bezirksregierung Köln  
Bezug: HA 21.3.2011  
Vorlage-Nr. 7/11

Der Rat nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

6. Maßnahmen der Gebausie im Jahr 2011  
hier: Finanzierung in der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung  
Vorlage-Nr. 88/95 aj

Der Rat beschließt in der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung die Freigabe der Mittel für folgende Maßnahmen:

1. Sanierung der Sanitär-/Trinkwasserversorgung für die Duschanlagen der Turnhalle Mitte (Erich-Kästner-Realschule, Römerstraße 296)  
**Kosten: 80.000,-€**
2. Bauliche Veränderungen in der Kindertagesstätte „Im alten Forsthaus“ zur Einrichtung von U3-Betreuungsplätzen  
**Kosten: 90.000,-€**
3. Sanierung der Toilettenanlage KGS Barbara  
**Kosten: 100.000,-€**

- einstimmig bei 7 Enthaltungen

7. Anfragen

7.1 „Starenkasten“ Römerstraße

**Ratsherr Bohlken** (fw/bVb) berichtet, dass auf der Römerstraße in Höhe des Bahnhofs Vochem der Linie 18 ein sogenannter Starenkasten so hinter einem Verkehrsschild installiert worden sei,

dass er erst kurz vor dem Übergang zu sehen sei. Begründet worden sei dies mit Unfällen in der Vergangenheit. Wie er bereits bei der Einrichtung des Überweges vor ein paar Jahren bemängelt habe, wirkten die vielen reflektierenden Elemente am Überweg zur Sicherheit der überquerenden Person im Dunkeln eher kontraproduktiv, da sie ablenkten, durch die Reflektion den Fahrer blendeten und einen dunkel gekleideten Fußgänger nicht sichtbar machten. Insofern helfe nicht der installierte Starenkasten sondern es sei eine richtige Ausleuchtung von Nöten. Nur die bereits in Brühl an vielen anderen Übergängen bereits installierten Leuchten mit anderer Lichtfärbung und zielgerichteter Ausleuchtung machten auch bei einiger Entfernung den Fußgänger für den Autofahrer sichtbar. Die jetzt installierte Einrichtung helfe höchstens der Landeskasse und habe eine ablenkende Alibifunktion.

Er frage daher, ob der Bürgermeister nicht die Landesstraßenbehörde bitten könne, die in ihrem Zuständigkeitsbereich befindlichen Fußgängerüberwege in Brühl dem sicheren und einheitlichen Standard der Stadt Brühl anzupassen.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

#### 7.2 Anwohnerparkprobleme an der alten Zuckerfabrik

**Ratsherr Weesbach** (SPD) berichtet von einer großen Unzufriedenheit der Anwohnerinnen und Anwohner mit den dortigen Zuständen und fragt, ob entsprechende Maßnahmen geplant seien.

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass die Problematik bekannt sei und man sich um eine Lösung bemühe.

#### 7.3 Videoüberwachung öffentlicher Räume durch Private

**Ratsherr Konertz** (Grüne) weist darauf hin, dass an einem Gebäude in der Schlossstraße zwei Kameras installiert seien, die nicht nur den Eingangsbereich, sondern auch den öffentlichen Straßenraum überwachten. S. E. sei dies nicht zulässig.

**Bürgermeister Kreuzberg** glaubt sich zu erinnern, dass der dortige Zustand bereits einmal überprüft und für rechtens befunden worden sei. Er werde der Sache allerdings noch einmal nachgehen.

#### 7.4 [www.bruehlerfamilien.de](http://www.bruehlerfamilien.de)

**Ratsfrau Mäsgen** (Grüne) fragt, wann die Seite funktionsfähig sei.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt Mitteilung zu.

#### 7.5 Kinderspielplatz Grundschule Brühl-Vochem

**Ratsfrau Mäsgen** (Grüne) weist darauf hin, dass sich neben dem Sandkasten und einer Sitzbank des Spielplatzes ein Stromhäuschen befinde, das teilweise mit rostigem Stacheldraht abgeschirmt sei. Da des Öfteren Kinder auf das Dach des Stromhäuschens kletterten, bestehe hier eine erhebliche Gefahr, die dringend beseitigt werden müsse.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt weitere Veranlassung zu.

#### 7.6 Kraftwerk Berrenrath

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) fragt, ob es seitens der Stadt Brühl eine Stellungnahme gebe und wie diese aussehe.

**Beigeordneter Schiffer** teilt mit, dass ein Erörterungstermin am 18.5.2011 stattfinde. Derzeit sei keine Stellungnahme beabsichtigt, da es keine direkte Auswirkungen auf die Stadt Brühl gebe.

### 7.7 Stichstraße „An Hornsgarten“

**Fraktionsvorsitzender Riedel** (LINKE) erinnert an seine diesbezügliche Anfrage und bittet um Mitteilung, wann er mit einer Antwort rechnen könne.

**Beigeordneter Schiffer** sagt Vorlage in der nächsten Verkehrsausschusssitzung zu.

### 7.8 Corrida-Bar

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) nimmt Bezug auf die erheblichen Belästigungen durch Besucher der Corrida-Bar. Insbesondere seien die Anwohnerinnen und Anwohner von Mühlenbach bis hin zur Römerstraße betroffen. Er fragt, ob diese Missstände bekannt seien und was die Verwaltung zu tun gedenke.

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass die Probleme bekannt seien. Er werde die Thematik allerdings noch einmal aufgreifen und sehen, was hier unternommen werden kann.

### 7.9 Beschädigung Beschilderung Parkleitsystem

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) fragt, wann das umgefahrene Parkleitsystemschild vor der Einmündung Theodor-Heuss-Straße in Fahrtrichtung Innenstadt repariert werde.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt Prüfung zu.

### 7.10 Kontrolle Thüringer Platz

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) greift den Hinweis aus der Einwohnerfragestunde auf und bestätigt, dass hier im Rahmen der Ordnungspartnerschaft dringend Kontrollen gemeinsam mit der Polizei durchgeführt werden müssten.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt weitere Veranlassung zu.